

Politische Theorie Politischer Parteien: Normative Elemente und innerparteiliche Konsequenzen einer Republikanischen Perspektivierung Politischer Parteien

Julian Lechner¹

1. Einleitung

Über mangelnde Aufmerksamkeit seitens der politikwissenschaftlichen Literatur können sich politische Parteien nicht beklagen. In der Auseinandersetzung mit Parteien lassen sich in Anlehnung an den zeitlosen Klassiker von Katz/Mair (1993) drei unterschiedliche „Gesichter“ politischer Parteien zeichnen: (1.) das eines Mittäters in der vielbeschworenen Krise der Demokratie (z. B. Merkel 2016), (2.) das eines Opfers dieser Entwicklungen (z. B. von Alemann/Strünc 1999) und nicht zuletzt (3.) das einer wichtigen Schlüsselinstitution zur Bewältigung der krisenhaften Tendenzen (z. B. Lechner 2018). Die lebhaft Diskussion um die Rolle politischer Parteien zeigt vor allem eines: Sie sind entgegen so mancher Behauptungen in der Krisenliteratur eben kein Auslaufmodell, dennoch aber in vielerlei Hinsicht „the orphans of political philosophy“ (Schattschneider 1942: 10).

Tatsächlich offenbart ein Blick auf die politische Philosophie der Gegenwart in der theoretischen Auseinandersetzung mit Parteien ein Forschungsdesiderat, das angesichts einer unzureichenden Zusammenführung demokratietheoretischer und parteienwissenschaftlicher Forschungsstränge bisher nur mangelhaft adressiert wurde (van Biezen/Saward 2008: 25, 28; Pettitt 2012: 647 f.). Der Versuch, eine dezidierte normative Theorie politischer Parteien zu entwickeln, wurde bisher nicht unternommen (ansatzweise Lembecke 2018), stattdessen zeichnet sich demokratietheoretische Parteienforschung bisher lediglich durch ein Nebeneinander unterschiedlicher Paradigmen zum Verhältnis von Demokratie und Parteien aus. Dies ist umso erstaunlicher, weil gerade in Zeiten wachsender Entfremdung, Parteienverdrossenheit und -apathie, die sich in rückläufigen Mitgliederzahlen ebenso deutlich zeigt wie am Bedeutungszuwachs populistischer bis radikaler Bewegungen oder dem souveränen Einzug vermeintlicher Anti-Establishment-Parteien in die Parlamente,² die normative Dimension politischer Parteien – und damit einhergehend auch ein großer

Teil des Gegenstandes der Parteienforschung – massiv in Frage gestellt wird.³

Der vorliegende Aufsatz widmet sich somit der Frage nach dem Eigenwert politischer Parteien und möchte diese in eine Politische Theorie Politischer Parteien überführen, um hiermit einen wirkmächtigen Kontrapunkt gegen die wachsende Parteienverdrossenheit zu setzen, die für Jun (2009: 2) gar schon die Form einer *Parteienapathie* angenommen hat. Hierzu soll zunächst eine republikanische Genealogie von Parteien vorgenommen werden, in der sich der intrinsische Wert von Parteien offenbart. Aus einer kritischen Reflexion der demokratietheoretischen Paradigmen die das Verhältnis von Parteien und Demokratie thematisieren lassen sich vor dem Hintergrund der republikanischen Perspektivierung indes normative Elemente ableiten. Die starke Binnenorientierung des republikanischen Parteienideals hat indes zur Folge, dass eine hieraus abgeleitete normative Politische Theorie Politischer Parteien auch mit einer Politischen Theorie innerparteilicher Demokratie einhergeht, wodurch mit dem Fazit des Aufsatzes gleich zwei Leerstellen der Parteienforschung adressiert werden.

2. Parteien und die republikanische Grundidee: Von Aristoteles bis Rosanvallon

Mitunter erlaubt, frei nach Machiavelli (1977: 276), die Rückführung der Dinge auf ihren Ursprung in besonderer Weise die Identifizierung analytischer wie normativer Potenziale einer Sache. Dabei gibt es

² Auch ohne diese Annahmen an dieser Stelle auf ein empirisches Fundament zu stellen, kann sie durch einen „Augentest“ zumindest als plausibel verifiziert werden. So kann auf moderne Phänomene wie „Occupy“ oder die „identitären Bewegungen“ (zu denen man zahlreiche national-konservative, neo-rassistische oder neo-faschistische Gruppen zählen kann) verwiesen werden. Ebenso offensichtlich zeigt sich dies in Österreich und Frankreich, wo politische Akteure nicht durch Parteien, sondern durch hinter ihnen stehende soziale Bewegungen in Ämter gehievt wurden. Gleichzeitig sind sozialdemokratische Parteien wie die SPD oder die „Parti Socialiste“ (PS, Frankreich) nicht in der Lage, ihren wachsenden Bedeutungsverlust zu stoppen. Konservative Parteien sehen sich ähnlichen Problemen ausgesetzt. Sehr viel deutlicher als in der Bundesrepublik kann man diese Entwicklung in Italien oder v.a. den USA erkennen, wo es den Republikanern nicht gelungen ist die „Tea Party“ Bewegung zu integrieren oder die „Übernahme“ Donald Trumps zu verhindern.

³ Natürlich lässt sich auch eine normative Parteienliteratur ausmachen, deren Autoren die intrinsische Bedeutung politischer Parteien hervorheben und sie als wichtige Akteure einer funktionierenden repräsentativen Demokratie gegen Kritik und Abgang verteidigen (Muirhead 2006; Muirhead/Rosenblum 2006; Rosenblum 2008; White/Ypi 2011), die Überführung in eine Theorie Politischer Parteien bleibt jedoch aus.

¹ Der Autor ist Geschäftsführer des Forschungszentrum Europa an der Universität Trier.

aus demokratiethoretischer Perspektive vermutlich nichts Ursprünglicheres als den aristotelischen Demokratiebegriff der Antike. Schon Dolf Sternberger entwickelte seinen weiterhin sehr einflussreichen Politikbegriff auf der Grundlage von Aristoteles' „Politik“ und folgt der darin formulierten Kritik an Platons Einheitsstaat (Sternberger 1982). Die strukturelle Stärke politischer Parteien offenbart sich interessanterweise bereits in ebenjenem aristotelischen Theorem, das die originäre Vielheit in den Mittelpunkt seiner Politischen Theorie rückt. Dabei kann es natürlich nicht darum gehen, Aristoteles Worte gesellschaftspolitischer Phänomene in den Mund zu legen, die erst zweitausend Jahre nach ihm eine Rolle spielen würden. Einen solchen anachronistischen Fauxpas, vor dem Richard Rorty (2003: 384) so eindringlich warnte, gilt es in der ideengeschichtlichen Herleitung einer Politischen Theorie Politischer Parteien tunlichst zu vermeiden. Der Verweis auf die gesellschaftliche Pluralität als fundamentale Kategorie des Politischen macht Aristoteles aber zu einem bemerkenswerten Anknüpfungspunkt. Dieser Verweis lässt sich im Grunde zunächst auf den bedeutungsschweren Satz im zweiten Buch der „Politik“ reduzieren, der auf den ersten Blick ebenso unscheinbar wie banal daherkommt: „Seiner Natur nach ist der Staat eine Vielheit“ (Aristoteles 1994: 78). Akzeptiert man diese Prämisse, sind die Konsequenzen sehr weitreichend.

Das so konstituierte politische Gemeinwesen steht vor der Aufgabe, diese gesellschaftliche Pluralität mit allen unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen in konkrete politische Entscheidungen zu überführen. Unter Wahrung der originären Vielheit müssen somit Fähigkeiten zu gemeinsamem Handeln entwickelt werden. Aristoteles bestimmt „*phronesis*“ (Aristoteles 1961: 135 ff.), also praktische Klugheit, als die der Politik angemessene Handlungstugend. Sie befähigt zum Urteilen und rückt dadurch nicht Wahrheit, sondern eine situationsbezogene Richtigkeit und Angemessenheit in den Mittelpunkt. Somit lässt sich in seinem antiken Politikbegriff ein sinnstiftendes Element für politische Parteien identifizieren: *Kontingenz*. Aus der Veränderlichkeit und prinzipiellen Offenheit menschlicher Überzeugungen ergibt sich die Notwendigkeit kollektiver Akteure in der Demokratie. Das Funktionieren des politischen Gemeinwesens hängt von der Wahrung dieser Kontingenz ab, die eine demokratische Bildung eines „Gesamtinteresses“ erst ermöglicht, da die hieraus hervorgehenden kollektiven Akteure mehr sind als verstetigte politisch-ideologische Identitätsgruppen. Überzeugungen können sich nämlich ändern und sind stets poli-

tisch umstritten, folgerichtig erkennt Aristoteles im „diskursiven Modus“ (Kielmansegg 2018) den dem Politischen angemessenen Handlungsmodus, dem kluges kollektives Handeln zugrunde liegt. Handlungsprozesse dieser Art geben der Politik, und damit den Parteien, einen normativen Eigenwert, weil sie „transformative Räume“ (Lembcke 2018: 169) eröffnen, in denen Erfahrungen verarbeitet, eigene Positionen reflektiert und daraus resultierende Differenzen neu interpretiert werden können. Aus der Kontingenz demokratischer Mehrheiten generiert sich somit eine grundsätzliche Funktion politischer Parteien: Statt einer additiven Logik zu folgen und die Vielfalt gesellschaftlicher Einzelinteressen bloß aufzusummieren, müssen sie individuelle Interessen verdichten, durchpolitisieren und in ein Gesamtinteresse einbetten, um damit die gesellschaftliche Vielheit dialog- und konfliktfähig zu machen.

Eine offensichtlichere ideengeschichtliche Referenz bezüglich der Bedeutung politischer Parteien findet sich unterdessen bei James Madison, dessen *Federalist No. 10* allerdings zunächst die „*effects of the instability and injustice, with which a factious spirit has tainted our public administrations*“ (Hamilton u.a. 2001: 43) kritisiert und deswegen lange Zeit (wenn überhaupt) vornehmlich als Parteienkritik rezipiert wurde. Die eindringliche Warnung der *Federalist Papers* vor den Gefahren durch Parteienungen scheint aber weniger ein Plädoyer für deren Ablehnungswürdigkeit, sondern vielmehr eines für deren bedeutungsvolle Position im republikanischen System zu sein, zumal sie nicht nur der menschlichen Natur entspringen, sondern sich v.a. auch aus der demokratischen Regierungsform selbst ergeben.⁴ Ihren normativen Mehrwert erhalten politische Parteien in diesem Zusammenhang durch die von ihnen bewirkte angemessene Strukturierung des pluralistisch-demokratischen Gemeinwesens, die sich aus ihrer notwendigen institutionellen Einhegung ergibt (vgl. hierzu ausführlich Lembcke 2018), die nur durch die Etablierung einer angemessenen Gegenmacht erfolgen kann, um eine Machtkonzentration zu verhindern und Konkurrenz und Konfliktivität zu gewährleisten. Kurz: „Ambition must be made to counteract ambition“ (Hamilton u.a. 2001: 268). Voraussetzung hierfür ist das Wissen um die Pluralität der Akteure und die Kontingenz des Politischen, was den politischen Akteuren notwendigerweise ein Mindestmaß an Toleranz gegenüber den politischen Rivalen abverlangt.

⁴ Auch hier ließe sich, wie schon bei Aristoteles, die Kontingenz des Politischen wiederum als sinnstiftendes Element identifizieren.

Als zentrale Schlüsselfunktion lässt sich in diesem Zusammenhang die Integrationsleistung politischer Parteien identifizieren, die eine Voraussetzung für eine auf Dauer angelegte Repräsentation darstellt. Besonders deutlich wird diese normative Sinnhaftigkeit politischer Parteien in ihrer Abgrenzung zu affektiven, monothematischen sozialen Bewegungen. Diese können zwar durchaus auch Institutionalisierungsmuster und innere Ausdifferenzierungen aufweisen und stellen mitunter strategiefähige kollektive Akteure politischen Handelns dar, aufgrund ihres spezifischen Sachinteresses bleibt ihr Beitrag zur System- und Sozialintegration überschaubar. Politische Parteien entwickeln in Abgrenzung hierzu aber gerade im Spannungsfeld von Mitglieder- und Einflusslogik (Streeck/Schmitter 1981) ihre Konturen sowie ihren intrinsischen Wert. Denn: Weil in Parteien einzelne Sachinteressen mit anderen Themenfeldern verknüpft werden, entfalten sie komplexitätsreduzierende und strukturierende (Bukow 2013: 274; Wolkenstein 2013: 94), somit zugleich auch rationalisierende und letztlich integrative Wirkungen, sodass sie der Gefahr einer verminderten Dialog- und Konfliktfähigkeit durch Moralisation und „Überhitzung“ des politischen Diskurses entgegenwirken. Indes transformieren sie die Vielfalt der unterschiedlichen Interessen in eine kontinuierliche Beteiligung an der demokratischen Willensbildung. Sie sind Teil des Souveräns, ohne gleichzeitig für sich zu beanspruchen alleine für den Souverän sprechen zu können⁵; man könnte auch sagen: Parteien präsentieren sich als Gliederung des Souveräns selbst. Sie werden dadurch zur Möglichkeitsbedingung eines durch gegenseitiges Machtstreben gekennzeichneten Systems der „checks and balances“.

Die Stoßrichtung der bisherigen Argumentation ist somit klar: Es gibt keine Alternativen zu politischen Parteien, die quasi als funktionale und normative Notwendigkeiten in die republikanische Grundidee eingeschrieben sind. Die Absurdität einer „No-Party Democracy“ verdeutlicht Robert E. Goodin (2008), der das Bild einer Demokratie zeichnet, die ohne politische Parteien auszukommen versucht.⁶ Weder die

⁵ Das unterscheidet Parteien letztlich von populistischen Bewegungen, die auf „das“ Volk rekurrieren und sich v.a. durch ihre anti-pluralistische Attitüde auszeichnen (vgl. hierzu Müller 2016).

⁶ In diesem Gedankenexperiment werden alle anderen Faktoren vollkommen konstant gehalten, sodass er eine (idealisierte) Demokratie entwirft, die sich lediglich durch die Abwesenheit von politischen Parteien von realen Demokratien unterscheidet. Methodologisch bedeutet das: „Trying to imagine what exactly our world would be like if just one crucial piece of our actual world were missing proves to be a very good way of

unmittelbare politische Selbstorganisation, deren Herausforderung man ob fehlender hierfür geeigneter Mittel gar nicht gewachsen wäre, noch die Formierung alternativer Organisationsformen sei ein erstrebenswerter Zustand, so das Fazit (Goodin 2008: 210 ff.). Dieser Mangel an Alternativen stellt indes aber noch keine ausreichende Legitimationsgrundlage politischer Parteien dar, sondern stellt Parteien angesichts zunehmender Unzufriedenheit und Abkehr, die unmittelbare Resultate der Irresponsibilität etablierter Vermittlungsinstitutionen sind, vor wachsende Herausforderungen.

Eine vermeintliche Antwort hierauf findet sich bei Pierre Rosanvallon. In seiner „Counter Democracy“ (2008) richtet er seinen Blick auf die Formierung politischer Präferenzen qua Negation, sodass Transparenz, Veto- und Widerspruchsrechte Charakteristika eines negativen Souveräns darstellen, die als „Gegen-Demokratie“ die klassischen demokratischen Verfahren, Praktiken und Institutionen flankieren. Neben der Analyse von Erosionsprozessen repräsentativer Demokratien, die – so sein ernüchterndes und zugleich desillusionierendes Fazit – nicht einfach rückgängig gemacht oder überwunden werden könnten (Rosanvallon 2008: 22; 290ff), kritisiert er überdies den fehlenden Blick auf diese „unsichtbaren Institutionen“ der Gegendemokratie, deren unterschiedliche Dimensionen in liberalen Demokratiekonzepten vielfach übersehen würden (Rosanvallon 2008: 13; 290). Parteien spielen für ihn als potentielle Träger einer „Gegen-Demokratie“ indes keine Rolle: Bis auf seltene Ausnahmen werden sie in seiner Analyse nicht explizit thematisiert, darüber hinaus finden sich auch in den neuen Schriften Rosanvallons keine positiven Verweise. Dies ist kaum verwunderlich, sieht er Parteien doch primär als klassische Institutionen eines „repräsentativ-legalen Mechanismus“ (Heidenreich 2016: 68), die zudem im Abstieg begriffen seien (Rosanvallon 2016: 19), während affektive Interessengruppen, die konkrete Anliegen in die Entscheidungsinstitutionen tragen und diese zugleich im Sinne der Sichtbarkeit der Repräsentanten überwachen, die Schlüsselakteure einer funktionierenden „Gegen-Demokratie“ darstellen (Rosanvallon 2008: 61 f.; 2016: 22 f.).

Jedoch lassen sich Parteien nur dann als Institutionen eines repräsentativ-legalen Mechanismus von den „unsichtbaren“ Institutionen der „Gegen-Demokratie“ abgrenzen, wenn man ihre Binnenperspektive ausblendet. Dieser Rückschluss, der Rosanvallons

trying to determine what, exactly, that missing piece is doing for us in our actual world” (Goodin 2008: 204).

außergewöhnlicher Methodik einer historisch argumentierenden Rekonstruktion (hierzu u.a. Diehl/Schulz 2012: 287) geschuldet scheint, ist durchaus revisionsbedürftig. So weist Felix Heidenreich (2016: 68) richtigerweise darauf hin, dass gerade im innerparteilichen Wettbewerb positive und negative Souveränitäten exemplarisch aufeinandertreffen und dadurch gerade politische Parteien den Unterschied von Demokratie und „Gegen-Demokratie“ veranschaulichen. Parteitage seien beispielsweise keine alleinigen Orte der positiven Zielformulierung, der Rechtfertigungsdruck und die stete Gefahr der Abberufung oder Abwahl ist parallel hierzu auch Ausdruck eines negativen Souveräns. Mit Blick auf neue wie alte Formen innerparteilicher Beteiligung kann man die Liste der Anschauungsbeispiele problemlos erweitern. Somit kann man mit Rosanvallon über Rosanvallon hinausgehend eine Leerstelle adressieren, die sich bereits in der republikanischen Theorie Madisons auftut: Das wohlgeordnete Wechselspiel von „democracy“ und „counter-democracy“, natürlich ebenso wie jenes gegenläufiger Machtbestrebungen bei Madison (Hamilton u.a. 2001: 268), beschränkt sich nicht nur auf die Konkurrenz zwischen Parteien, sondern vollzieht sich ebenso, und zwar mit nachhaltigen Integrationswirkungen, innerhalb von Parteien. Der intrinsische Wert politischer Parteien kann nur angemessen erfasst werden, wenn sich der Blick auch nach innen richtet und man die Binnenorientierung der republikanischen Grundidee angemessen berücksichtigt. Denn die Legitimation politischer Parteien resultiert zuvorderst aus der angemessenen Ausgestaltung innerparteilicher Demokratie (quasi als Input-Legitimität).

3. Parteien im paradigmatischen Widerstreit normativer und realistischer Demokratietheorien

Zunächst gilt es allerdings zu fragen, inwiefern sich die skizzierte sinnstiftende republikanische Grundidee in den demokratietheoretischen Paradigmen, die den bisherigen Rahmen theoretischer Auseinandersetzungen prägten, niederschlägt. Hierbei muss v.a. auf Leerstellen hingewiesen werden, die sich aufgrund der fehlenden theoretischen wie empirischen Berücksichtigung innerparteilicher Demokratie auftun, ist doch gerade dieser Zweig der Parteienforschung schlicht „under-explored in literature“ (Pettitt 2012: 647).

Ausgangspunkt einer „realistischen“ Denktradition politischer Parteien ist, mit zunehmend wiederaufkeimendem Interesse (u.a. Bender/Wiesendahl 2011; Rüb 2012; Straßenberger 2012), Robert Michels‘

(1989) „Soziologie des Parteiwesens“, aus der sich eine normative Begründung eines Elitenkonzeptes ableiten lässt, das keine Alternative zu politischer Führung kennt. Deutlich wird dies vor allem bei Joseph Schumpeter, dessen Marktrhetorik den Widerspruch von Eliten und Demokratie aufhebt. Die Limitierung politischer Partizipation auf die Auswahl politischer Eliten wird hierbei nicht als undemokratisch verstanden (Kirchheimer 1966: 195 f.), da der Demokratiebegriff auf die zwischenparteiliche Konkurrenz reduziert wird. Parteipolitische Aktivitäten müssen sich in diesem Verständnis vor allem auf die Maximierung von Effizienz und Schlagkraft konzentrieren, weshalb Formen von innerparteilicher Demokratie im Sinne von Partizipation als dysfunktional abgelehnt werden.

Mit Blick auf die jüngere Demokratietheorie lässt sich feststellen, dass Schumpeters Ideen an Aktualität nur wenig eingebüßt haben. Es lässt sich im Schatten des Postdemokratiediskurses (Crouch 2008) eine zunehmende Attraktivität elitär-führungszentrierter Repräsentationstheorien feststellen, die besonders deutlich in der Theorie der „leader democracy“ (Ritzi/Schaal 2010) zum Ausdruck kommt, die insbesondere durch die Arbeiten von András Körösesny geprägt wurde. „One of the important traits of leader democracy is the personalization of politics“ (Körösesny 2005: 367), so Körösesny, der diese Personalisierung als qualitatives Element der „leader democracy“ versteht (Körösesny 2005: 375). Die Fokussierung auf eine repräsentative Persönlichkeit erlaube es, die negativen Folgen gesellschaftlicher Entwicklung abzumildern und vermeintlicher Führungsschwäche und Handlungsunfähigkeit entgegenzuwirken, die zahlreiche Krisendiagnosen der repräsentativen Demokratie auszeichnen (Körösesny 2005: 365).

Politische Parteien kommen erst an dieser Stelle explizit ins Spiel, indem sie im Sinne Schumpeters auf ihren instrumentellen Charakter reduziert werden. Damit besitzen sie zwar keinen expliziten normativen Eigenwert, bleiben aber dennoch wichtige Akteure im demokratischen Machtwettbewerb. Innerhalb der Partei geht es jedoch nicht mehr um eine größtmögliche Responsivität, also eine Überführung der Präferenzen der Mitgliederbasis in politisches Handeln. Stattdessen wird die Parteiführung als handlungsautonomer Treuhänder im politischen Prozess verstanden (Ritzi/Schaal 2010: 10 f.), was rationale und widerspruchsfreie Entscheidungen ermögliche (Körösesny 2005: 369). Politische Parteien werden in einem solchen Demokratiemodell als Opfer des Elitismus zu fügsamen Führerparteien degradiert, parallel hierzu

die Parteibasis zum bloßen Mitarbeiterstab, dessen Hauptaufgabe darin bestehe, den Parteiapparat für politische Führung brauchbar zu machen (Pakulski/Körösényi 2012: 9 ff.).

Eine Kritik hieran setzt indes schon beim irreführenden Selbstverständnis der „realistischen“ Denktradition an: Bei begrifflich differenzierter Betrachtung handelt es sich hierbei um eine Bündelung elitistisch-konkurrenzdemokratischer Ideen, die primär einen funktionalistischen Zusammenhang von politischen Parteien und Demokratie formulieren. Gerade unter Einbeziehung neuerer wettbewerbstheoretischer Erkenntnisse lässt sich diese Haltung jedoch kaum aufrechterhalten, weil zwar berechtigterweise auf die Bedeutung des Wettbewerbs verwiesen, die integrative und legitimatorische Wirkung von Partizipation in Parteien jedoch verkannt wird. Es handelt sich hierbei somit um kaum realisierbare Wunschvorstellungen der zugrundeliegenden Autoren und nicht um eine realistische Gegenstandsbeschreibung der Demokratie.

Eine fehlende innerparteiliche Perspektive kann man mit Blick auf das normativ-identitär-demokratische Paradigma nicht beklagen, dessen Fundament die in Deutschland sehr einflussreiche *Parteienstaatslehre* des ehemaligen Verfassungsrichters Gerhard Leibholz bildet. Leibholz postuliert hierin eine identitäre Vitalbeziehung von Partei und Volk als Ausdruck einer angemessenen Volkssouveränität. Da partizipatorische Theorien von einem grundsätzlichen Interesse politischer Selbstentfaltung ausgehen und Partizipation, anders als realistische Ansätze, über ihren methodologischen Kern auch als ethisches Ziel verstehen (Bachrach 1967: 11 ff.; Scharpf 1975: 55), stellt für Leibholz die Parteienherrschaft die einzige Möglichkeit einer demokratischen Herrschaft des Volkes dar, da der Bürger nur durch politische Parteien ausreichend im politischen Entscheidungsprozess partizipieren könne. Dabei könne der gesellschaftliche Gesamtwille nicht durch Repräsentation zum Ausdruck gebracht werden, sondern nur durch das Rousseau'sche Identitätspostulat (Leibholz 1933), wodurch der Parteienstaat die rationalisierte Erscheinungsform der plebiszitären Demokratie darstelle (Leibholz 1957: 70). Ihr transmissiver Charakter (vgl. Steffani 1988) mache Parteien, als „Surrogat der direkten Demokratie im modernen Flächenstaat“ (Leibholz 1967: 93 f.), zum partiellen Ersatzmedium für eine unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung bzw. zum notwendigen Gegengewicht zu den mittelbar-demokratischen Strukturen des Staates (Seidel 1998: 177). Der Blick wird damit zunächst in die Parteien gerichtet, innerparteiliche Partizipation normativ aufgewertet.

Neuralgischer Punkt dieses normativ-identitär-demokratischen Paradigmas ist allerdings die offensichtliche Unhaltbarkeit des Identitätsbegriffes angesichts nicht zu leugnender Mitgliederverluste. Leibholz' Parteienstaatslehre scheitert somit an ihrer eigenen Prämisse und setzt sich mit der Überbetonung des identitären Charakters politischer Parteien gar dem Vorwurf aus, Ungleichheit zu reproduzieren, statt sich dem egalitär-partizipativen Versprechen der Demokratie anzunähern (vgl. Towficht 2011; von Ooyen 2006; Nettersheim 2008). Der antipluralistische Wesenszug der Theorie durch Rekurs auf den Identitätsbegriff erweist sich somit als großes Problem beim Entwurf einer angemessenen normativen Theorie politischer Parteien. Die Vorstellung einer „mystischen Volkseinheit“ (Steinberg 2014: 410) verfehlt die Realität eines pluralistischen Gemeinwesens und lässt sich empirisch kaum rechtfertigen. Angesichts einer paradigmatischen Neubewertung politischer Repräsentation, wodurch diese vom Hindernis zur Möglichkeitsbedingung wird (Thaa 2008), ist indes die „begriffliche Dichotomie“ (Steinberg 2014: 410; Siehr 2013: 68) und scharfe Trennung von Repräsentation und Identität, die zur Ablehnung von Repräsentation im Parteienstaat führen muss, nicht mehr zu rechtfertigen. Eine an Leibholz angelehnte Theorie politischer Parteien wäre somit aufgrund ihres antipluralistischen Charakters nicht in der Lage, Parteien auch als idealtypische Institutionen des repräsentativen Systems zu begreifen. Damit wird faktisch ausgeblendet, dass Parteien neben den Parlamenten am ehesten jene Institutionen sind, die die repräsentativ-demokratische Ordnung des Gemeinwesens tragen und damit als Korrektiv gegen Ungleichheit wirken (Lechner 2018: 668).

Ein sich zwischen diesen Strängen positionierender deliberativ-kommunikativer Theorieansatz versucht indes das Spannungsverhältnis von Repräsentation und Partizipation zu lindern. Ziel deliberativer Demokratie Modelle (Habermas 1973, 1990; Cohen 1989) ist die Herstellung konsens- und zustimmungsfähiger Politikergebnisse und eine damit einhergehende, größtmögliche politische Integration (Habermas 1973: 148) durch ein von äußeren und inneren Zwängen losgelöstes kommunikatives Handeln (Habermas 1998: 370; Cohen 1989: 22 f.). Das Verhältnis von politischen Parteien und einem deliberativen Demokratieideal ist hierbei ambivalent. Die Skepsis gegenüber Parteien, die auf den ersten Blick inkompatibel mit dem Werte- und Meinungspluralismus der deliberativen Gesellschaftsvorstellung scheinen, sollte allerdings nicht als grundlegende Ablehnung missverstanden werden (vgl. dazu auch Wolkenstein

2013: 96 f.). Tatsächlich spielen Parteien gerade im Denken von Jürgen Habermas eine wichtige Rolle, seien sie doch als pluralistische Zentren der Öffentlichkeit „virtuelle Knotenpunkte einer [...] regenerationsfähigen öffentlichen Kommunikation“ (Habermas 1990: 32). Eine differenzierte Unterscheidung von Parteien und Verbänden sowie anderen sozialen Bewegungen nimmt er aber nicht vor, ein normativer Eigenwert politischer Parteien in Abgrenzung zu anderen Organisationen lässt sich daher allenfalls implizit erschließen und ergibt sich primär aus den Möglichkeiten einer optimalen zeitlichen, inhaltlichen und sozialen Strukturierung öffentlicher Diskurse in Parteien (Fach 1973: 223).

Das deliberative Demokratiemodell stellt damit gerade für die theoretische Neukonzeptionalisierung von innerparteilicher Demokratie einen offensichtlichen Anknüpfungspunkt dar. Diesbezügliche Entwürfe finden sich bei Teorell (1999) oder Wolkenstein (2016). Diese heben die Funktionen von Parteien hervor, denen es obliege, als Bindeglied zwischen unterschiedlichen Beteiligten in der Demokratie zu fungieren, und weisen damit den realistisch-elitistischen Vorwurf der Dysfunktionalität innerparteilicher Demokratie zurück (Teorell 1999: 371; Wolkenstein 2013: 96 f.). Deliberative Demokratiemodelle teilen somit grundsätzlich die Vorstellungen normativer Theorien zur Bedeutung innerparteilicher Demokratie, stellen jedoch an deren Umsetzung andere Forderungen. Als Kernelement der Demokratie wird nämlich die Inklusivität politischer Debatten, nicht Partizipation, verstanden, die durch substantielle, gehaltvolle und ergebnisoffene Diskurse erreicht werden müsse (Thaa 2007: 10 f.; Wolkenstein 2013: 97). Partizipative Elemente im Sinne direktdemokratischer Beteiligung, also die plebiszitäre Komponente der Demokratie, werden aufgrund eines offensichtlichen Machtgefälles und einer zu starken Prädeterminierung des Entscheidungsprozesses abgelehnt. Jegliche Demokratisierungsbestrebungen müssen folglich nicht partizipativer, sondern inklusiver gestaltet werden.⁷

Jedoch lassen sich – neben offensichtlichen Problemen der angemessenen Umsetzung deliberativer Prinzipien in der innerparteilichen Praxis, die Fishkins

⁷ Am deutlichsten kommt der Widerspruch deliberativer und plebiszitärer Verfahren in der Habermas'schen Unterscheidung von Masse und Publikum zum Ausdruck (Habermas 1990: 358), denn letzteres sei Subjekt des deliberativen Diskurses, wodurch so viele Individuen Meinung ausdrücken wie empfangen können. Hierdurch würden deliberative Diskurse anders als „massendemokratische“ Prozesse zu inklusiven politischen Beratungen, die frei von internen wie externen Zwängen seien (Habermas 1998: 370; ähnlich Cohen 1989: 22 f.).

„deliberative poll“ (Fishkin/Luskin 2005) nur bedingt zu lösen vermag (Calabretta 2012; Ladd 1996; Ritzi/Schaal 2009) – zwei theoretische Einwände formulieren: (1) Deliberative Theorien zeichnen sich durch eine Gleichheits- und Inklusionsproblematik aus, da sich die Qualität innerparteilicher Demokratie an der Inklusivität politischer Debatten bemisst. Diese vermeintlich rationalen Diskurse sind jedoch ungerecht, weil stets machterverzerrt, hängt doch die Überzeugungskraft von Argumenten größtenteils vom sozioökonomischen Status des Vortragenden ab (Young 2000; 2001). Dadurch widerspricht die Theorie der eigenen radikaldemokratischen Grundprämisse eines „allgemeinen Zugangs“ und untergräbt den eigenen Gleichheitsgrundsatz. (2) Mit dem Verweis auf die Wertgeladenheit politischer Parteien kann zwar der klassischen Kritik McCarthys (1993) begegnet werden, dass ohne geteilte Wertebasis nicht in allen Fragen Konsens erzielt werden könne, womit gerade Parteien ein geeigneter Ort politischer Deliberation zu sein scheinen. Relativ homogene Einstellungsmuster im Deliberationsprozess führen jedoch zur Durchsetzung tendenziell starker Interessen und zu einer „enclave deliberation“ (Sunstein 2002), die eine „diskursive Reinigung“ (Ritzi/Schaal 2009) der Interessen unwahrscheinlich mache. Eine relativ homogene Wertebasis politischer Parteien unterminiert folglich den Rationalitätsanspruch deliberativer Demokratie.

Diese Kritik muss freilich nicht mit einer grundsätzlichen Absage an alle Formen von Deliberation in der innerparteilichen Praxis einhergehen, macht das kommunikativ-deliberative Paradigma aber zu einem ungeeigneten Ideal innerparteilicher Demokratie.

4. Normative Elemente einer Theorie politischer Parteien im neopluralistischen Paradigma

Ausgehend von einer republikanischen Genese politischer Parteien erweist sich ein neopluralistisches Paradigma zum Verhältnis von Parteien und Demokratie als geeigneter Anknüpfungspunkt, da hierin v.a. die integrative Wirkung als Kernelement politischer Parteien identifiziert wird, ohne in eine realitätsferne Rhetorik zu verfallen. Es beruht auf einem Gleichgewicht von Repräsentation und Partizipation, die beide als Einbindungsmöglichkeiten von Interessen angesehen werden, während zugleich über Wahlen hinausgehende institutionelle Schutzmechanismen eine asymmetrische Interessenvertretung verhindern sollen (Linden 2007). Mit Ernst Fraenkel formuliert der deutsche Hauptvertreter neopluralistischer Demokratietheorien zwar keine dezidierte Theorie politi-

scher Parteien, noch weniger eine Theorie innerparteilicher Demokratie, beschäftigt sich aber inständig mit Parteien, die als Partizipationskanäle in seiner Idee eine grundlegende Rolle spielen und als Mitgestalter öffentlicher Meinung einen „Ausweg aus der Isolierung und Vereinsamung“ ermöglichen, der sich mit der Reduzierung der politischen Anteilnahme auf den Wahlakt zwangsläufig einstelle (Fraenkel 1966b: 259). Parteien, die zugleich als „Parlamentsfraktion Träger eines repräsentativen, und als Massenorganisation Träger eines plebiszitären Regierungssystems sei[e]n“ (Fraenkel 1958: 185), sind Motor einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie. Den Blick richtet Fraenkel dabei zunächst in die Parteien, denn „[d]er Bestand der Demokratie im Staat hängt ab von der Pflege der Demokratie in den Parteien“ (Fraenkel 1966a: 161). Er formuliert einen positiven Wirkzusammenhang innerparteilicher und gesamtstaatlicher Demokratie, die jedoch nicht deckungsgleich sind, sondern komplementär wirken (Lechner 2018: 674). Die Binnenstruktur politischer Parteien müsse indes so konstituiert sein, dass sich das Volk angemessen vertreten fühle und „das von Parteien getragene Parlament trotz dessen repräsentativen Charakters als Exponat seines eigenen Willens anerkennt und das Fehlen einer Direktgesetzgebung nicht als Mangel empfindet“ (Fraenkel 1958: 186). Aufgrund einer „inneren Dialektik der modernen Demokratie“ (Fraenkel 1958: 207) versucht Fraenkel nicht sein für die gesamtstaatliche Ebene entwickeltes Demokratieideal auf den innerparteilichen Kontext zu projizieren, sondern differenziert zwischen den unterschiedlichen Ebenen mit komplementären Demokratieanforderungen.

Innerparteiliche Demokratie müsse daher einem partizipatorisch-egalitären Ideal folgen, sodass den plebiszitären Kräften in Parteien genügend Spielraum gegeben werde, damit diese komplementär zum parlamentarischen Repräsentativsystem wirken können (Fraenkel 1966b: 296). Entscheidend hierfür ist keine Identitätsbeziehung, sondern gleiche Beteiligungs- und Aufstiegschancen in der innerparteilichen Demokratie (Fraenkel 1966b: 295 f.), durch die Parteien als ausreichende Vertreter von gesellschaftlichen Wünschen und Ansichten wahrgenommen würden. Mit seiner Verknüpfung von gesamtstaatlicher und innerparteilicher Demokratie und der Hervorhebung der Integrationsfunktion als Kernelement stellt Ernst Fraenkels Neopluralismus einen angemessenen theoretischen Anknüpfungspunkt für politische Parteien dar, wengleich vor allem für die Binnenstruktur von Parteien konkrete Gestaltungs-

kriterien fehlen.⁸ Mit Blick auf die republikanische Genealogie politischer Parteien lässt sich diese Leerstelle jedoch schließen und dadurch die Ansätze einer Theorie vervollständigen. Bei einer angemessenen Strukturierung innerparteilicher Demokratie sind daher folgende Punkte von Bedeutung, die als Anforderungen an die innerparteiliche Demokratie verstanden werden können:

(1.) Ganz im Sinne Madisons ist auch für innerparteiliche Prozesse gegenseitiges Machtstreben der Ursprung eines positiven Pluralismus und kein Ausdruck politischer Instabilität. Machtmotive (partei-)politischer Akteure sind somit nicht grundsätzlich undemokratisch, schon gar nicht auf gesamtstaatlicher Ebene, sondern sind als Teil eines transparenten Wettkampfes Ausgangsbedingung der integrativen Wirkung politischer Parteien. Wichtig hierbei ist v.a. eine ausreichende institutionelle Einbettung und Einhegung persönlicher Machtmotive durch die Etablierung bzw. Ermöglichung einer angemessenen Gegenmacht. Dienen Machtmittel dagegen einer parteipolitischen Führung lediglich der Disziplinierung der Mitgliederbasis, führt dies zwangsläufig zur Verfehlung der Kernfunktionen politischer Parteien.

(2.) Werden Kontingenz und Pluralismus als sinnstiftende Elemente von Parteien verstanden, bedeutet dies für die innerparteiliche Demokratie in gewisser Weise eine Abkehr vom Verkörperungsprinzip und der Personalisierung politischer Repräsentation (hierzu auch Diehl 2016). Natürlich wird durch Abstimmungen über Personen die Parteipolitik an ihren demokratischen Wurzeln für eine längere Zeit beeinflusst (Becker 1999: 180; Hazan/Rahat 2010: 6). Dies muss allerdings auch immer mit Richtungsgruppen und Inhalten verknüpft werden, um dem kontingenten Wesenszug politischer Parteien gerecht zu werden. Damit Parteien mehr sind als repräsentativ-legale Institutionen, sind gegen-demokratische Strukturen (Rosanvallon 2008) essentiell für ihre Funktionserfüllung. Als Ausdruck negativer Souveränität muss in der innerparteilichen Demokratie die Möglichkeit der Abwahl von Akteuren als beständige Bedrohung ebenso präsent sein wie die der Formulierung von Präferenzen durch Negation. Die Etablierung neuer, teilweise direktdemokratischer Beteiligungskanäle ist damit eine gangbare Reformation.

⁸ Dies wiederum stellt mitnichten ein Alleinstellungsmerkmal der neopluralistischen Theorie Fraenkels dar, sondern ist ein der mangelhaften Theoretisierung innerparteilicher Demokratie geschuldetes Problem. So wird u.a. von Susan Scarrow kritisiert, dass sich in der Literatur bisher noch kein Kanon der „best practices“ innerparteilicher Demokratie herausgebildet habe (vgl. hierzu Scarrow 2005: 3).

(3.) Politische Integration setzt eine hohe Konfliktoffenheit voraus. Wohlstrukturierte innerparteiliche Auseinandersetzungen haben in der Regel keine destruktive, sondern eine integrative Wirkung (Sternberger 1971: 80). Einen positiven Wirkzusammenhang mit der parlamentarischen Demokratie können Parteien nur entfalten, wenn dem innerparteilichen Konflikt genügend Freiraum gegeben wird, denn aus der zunehmenden Aufgeschlossenheit gegenüber innerparteilichen Konflikten ergibt sich zugleich eine Stärkung der Abgeordnetenfreiheit und der Streitkultur des Parlaments (Lechner 2018: 677). Der gegenwärtigen Parteienlandschaft wird mit diesem Punkt ganz offensichtlich ein gewaltiger Mentalitätswandel abverlangt, da bisweilen alte parteipolitische Geschlossenheitsriten gepflogen und hohe Zustimmungsraten zelebriert werden.

5. Zusammenfassung und Fazit

Ihren normativen Wert erhalten somit Parteien durch die Strukturierung der gesellschaftlichen Pluralität und politischen Kontingenz sowie der Ermöglichung und Einhegung wechselseitigen Machtstrebens bzw. des Zusammenspiels positiver und negativer Souveränitäten – und dies jeweils unter unterschiedlichen Vorzeichen auf staatlicher wie innerparteilicher Ebene. Kernfunktion politischer Parteien ist demnach die ausreichende Kanalisierung der Madison'schen bzw. Rosanvallon'schen Antipoden, die nicht deckungsgleich sind, sondern komplementär zueinander wirken. Das Zusammenspiel von gesamtstaatlicher und innerparteilicher Demokratie ist somit kein Antagonismus. Eine normative Theorie politischer Parteien ist damit auch zugleich immer eine normative Theorie innerparteilicher Demokratie.

Ihre empirische Evidenz offenbart eine solche Theorie indes mit Blick auf die gegenwärtige höchst defizitäre Wahrnehmung von Parteien. So ist es beispielsweise der SPD in jüngster Vergangenheit nicht gelungen die eigene Binnenstruktur angemessen zu reformieren. Trotz direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten zu den Koalitionsvereinbarungen 2013 und 2018 bleibt der Erneuerungsprozess der Partei weit hinter den in der Theorie formulierten Anforderungen zurück. Man konnte bisweilen keinen angemessenen Verfahrensbegriff von innerparteilicher Demokratie entwickeln (Lechner 2018: 677), ihre innerparteiliche Struktur ist weiterhin Ausdruck eines elektoralen, nicht eines partizipativen Modells (Jun 2018: 950). Die Konsequenz der mangelnden Integrationsleistung ist nicht nur die Hinwendung zu alternativen Wegen der politischen

Artikulation, die sich in Phänomenen wie Pegida oder dem souveränen Einzug der in Teilen rechtsradikalen AfD in die Parlamente offenbart, sondern mithin auch Formen der „politischen[n] Selbstexklusion“ (Nullmeier 2006: 326), die eine Krise der Parteien zugleich auch zu einer Krise der repräsentativen Demokratie werden lässt, da sie hierdurch auch mit verschiedenen Formen politischer Ungleichheit korrespondiert (nicht nur sozioökonomisch, vgl. Schäfer 2015; sondern auch Formen von Beziehungsgleichheit, vgl. Rosanvallon 2013).

Auch mit dem vorliegenden Aufsatz sind wir freilich noch weit von einer geschlossenen Theorie politischer Parteien entfernt. Aber mit der Überwindung überholter Ansätze zum Verhältnis von Parteien und Demokratie sowie einer normativen Hierarchisierung dieser ist ein erster überfälliger Schritt auf dem Weg zur theoretischen Neukonzeptionalisierung getan. Mit einem angemessenen Verständnis von politischen Parteien sowie den daraus abzuleitenden Anforderungen an die innerparteiliche Theorie bietet die Theoretisierung zumindest einen normativen Kompass zur Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Problemen der parlamentarischen Demokratie und ihren zentralen Akteuren.

Literatur

- Aristoteles (1961): *Nikomachische Ethik*, übers. v. Otto Apelt.
- Aristoteles (1994): *Politik*, übers. v. Franz Susemihl, Hamburg.
- Bachrach, Peter (1967): *Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft*, Frankfurt a.M.
- Beker, Bernd (1999): *Mitgliederbeteiligung und innerparteiliche Demokratie in britischen Parteien – Modelle für die deutschen Parteien?*, Baden-Baden.
- Bender, Christiane/Wiesendahl, Elmar (2011): „Ehernes Gesetz der Oligarchie“: Ist Demokratie möglich?, in: *APuZ* 44-45/2011, S. 19–24.
- Bukow, Sebastian (2013): *Die professionalisierte Mitgliederpartei. Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit*, Wiesbaden.
- Calabretta, Raffaele (2012): *Doparies: A Novel Party Deliberative and Aggregative Decision-Making Mechanism to Improve the Quality of Representative Democracy*, SAGE Open.
- Cohen, Joshua (1989): *Deliberation and Democratic Legitimacy*, in: *The Good Polity*, hrsg. V. Alan Hamlin & Phillip Petit, London, S. 17–34.

- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.
- Diehl, Paula (2016): Demokratische Repräsentation und ihre Krise, in: *APuZ* 40-42/2016, S. 12–17.
- Diehl, Paula/Schulz, Daniel (2012): Was ist demokratische Legitimität? Eine Auseinandersetzung mit der Demokratietheorie Pierre Rosanvillons, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 3. Jg., Heft 2, S. 287–297.
- Fach, Wolfgang (1974): Diskurs und Herrschaft – Überlegungen zu Habermas' Legitimationslogik, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 3. Jg., Heft 3, S. 221–228.
- Fishkin, James S./Luskin, Robert C. (2005): Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion, in: *Acta Politica*, 40. Jg., H. 3, S. 284–298.
- Fraenkel, Ernst (1958): Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, hrsg. v. ders., Baden-Baden 2001, S. 165–162.
- Fraenkel, Ernst (1966a): Ursprung und politische Bedeutung der Parlamentsverdrossenheit, in: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, hrsg. v. ders., Baden-Baden 2001, S. 151–296.
- Fraenkel, Ernst (1966b): Möglichkeiten und Grenzen politischer Mitarbeit der Bürger in modernen parlamentarischen Demokratien, in: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, hrsg. v. ders., Baden-Baden 2001, S. 283–296.
- Goodin, Robert E. (2008): *Innovating Democracy. Democratic Theory and Practice after the Deliberative Turn*, Oxford.
- Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Hamilton, Alexander/Jay, John/Madison, James [1787/1788] (2001): *The Federalist*, hrsg. v. George W. Carey u. James McClellan, Indianapolis.
- Hazan, Reuven Y./Rahat, Gideon (2010): *Democracy within Parties. Candidate Selection Methods and their Political Consequences*, Oxford.
- Heidenreich, Felix (2016): Die Organisation des Politischen. Pierre Rosanvillons Begriff der „Gegen-Demokratie“ und die Krise der Demokratie, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 7. Jg., Heft 1, S. 53–72.
- Jun, Uwe (2009): Verkrustungen aufweichen, in: *Quergedacht. Politik ohne Parteien?*, hrsg. v. Friedrich Ebert Stiftung, S. 2–3.
- Jun, Uwe (2018): Direkte innerparteiliche Demokratie in der parlamentarischen Demokratie: Das Beispiel der Mitgliederpartei SPD, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49. Jg., Heft 4, S. 940–950.
- Katz, Richard/Mair, Peter (1993): The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organisation, in: *The American Review of Politics*, 14. Jg., Heft 1, S. 593–617.
- Kielmansegg, Peter Graf (2018): Warum die Politik verteidigt werden muss. Politik und Populismus, in *FAZ.net* vom 02.08.2018, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/populismus-verteidigung-der-politik-15669095.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0 (aufgerufen: 11.02.19).
- Kirchheimer, Otto (1966): The Transformation of the Western European Party System, in: *Political Parties and Political Development*, hrsg. v. Joseph LaPalombara u. Myron Weiner, Princeton, S. 177–200.
- Körösényi, András (2005): Political Representation in Leader Democracy, in: *Government and Opposition*, 4. Jg. Heft 3, S. 358–378.
- Ladd, Everett Carl (1996): Fishkins „Deliberative Poll“ is Flawed Science and Dubious Democracy, in: *Public Perspective*, 7. Jg., Heft 1, S. 41–45.
- Lechner, Julian (2018): Innerparteiliche Demokratie im paradigmatischen Widerstreit realistischer und normativer Demokratietheorien, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49. Jg., Heft 3, S. 658–677.
- Leibholz, Gerhard (1933): *Die Auflösung der liberalen Demokratie in Deutschland und das autoritäre Staatsbild*, München/Leipzig.
- Leibholz, Gerhard (1967): *Demokratie und Rechtsstaat*, Bad Gandersheim.
- Leibholz, Gerhard (1967): *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, Karlsruhe.
- Lembcke, Oliver W. (2018): This Party Sucks? Ansätze zu einer politischen Theorie politischer Parteien, in: *Philosophie der Republik*, hrsg. v. Pirmin Stekeler-Weithofer u. Benno Zabel, Tübingen, S. 159–181.
- Linden, Markus (2007): Interessenasymmetrie trotz Vielfalt? Modi gleichwertiger Inklusion in pluralistischen Demokratietheorien, in: *Inklusion durch Repräsentation*, hrsg. v. Winfried Thaa, Baden-Baden, S. 61–81.
- Machiavelli, Niccolò (1977): *Discorsi*, übers. und hrsg. v. Rudolf Zorn, Stuttgart.

- McCarthy, Thomas (1993): *Ideale und Illusionen: Dekonstruktion und Rekonstruktion der kritischen Theorie*, Frankfurt a.M.
- Merkel, Wolfgang (2016): *Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff*, in: *APuZ* 40-42/2016, S. 4–11.
- Michels, Robert (1989): *Soziologie des Parteiwesens in modernen Demokratien*, Stuttgart.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?*, Frankfurt a.M.
- Muirhead, Russell (2006): *A Defense of Party Spirit*, in: *Perspectives on Politics*, 4. Jg., Heft 4, S. 713–727.
- Muirhead, Russell/Rosenblum, Nancy L. (2006): *Political Liberalism vs. The Great Game of Politics*, in: *Perspectives on Politics*, 4. Jg., Heft 1, S. 99–108.
- Nettersheim, Christian (2008): *Die Parteienstaatstheorie von Gerhard Leibholz*, Bonn.
- Nullmeier, Frank (2006): *Links – Rechts*, in: *Deutschland – eine gesplante Gesellschaft*, hrsg. v. Stephan Lessenich u. Frank Nullmeier, Frankfurt, S. 313–335.
- Pakulski, Jan/Körösényi, András (2012): *Towards Leader Democracy. Key Issues in Modern Sociology*, London/New York.
- Pettitt, Robin T. (2012): *Exploring Variations of Intra-Party Democracy: A Comparative Study of the British Labour Party and the Danish Centre-Left*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, 14. Jg., Heft 4, S. 630–650.
- Ritzi, Claudia/Schaal Gary S. (2009): *Empirische Deliberationsforschung*, MPIfG Working Paper 09/9.
- Ritzi, Claudia/Schaal Gary S. (2010): *Politische Führung in der „Postdemokratie“*, in: *APuZ* 2-3/2010, S. 9–15.
- Rorty, Richard (2003): *Vier Formen des Schreibens von Philosophiegeschichte*, in: *Wahrheit und Fortschritt*, hrsg. v. ders., Frankfurt, S. 355–394.
- Rosanvallon, Pierre (2008): *Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust*, Cambridge.
- Rosanvallon, Pierre (2013): *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg.
- Rosanvallon, Pierre (2016): *Die gute Regierung*, Hamburg.
- Rosenblum, Nancy L. (2008): *On the Side of the Angels. An Appreciation of Parties and Partisanship*, Princeton.
- Rüb, Friedbert W. (2012): *Michels und die neue Parteientheorie – die Politischen Parteien und die Krise der Demokratie*, in: *Robert Michels Soziologie des Parteiwesens*, hrsg. v. Harald Bluhm u. Skadi Krause, Wiesbaden, S. 241–263.
- Scarrow, Susan (2005): *Political Parties and Democracy in Theoretical and Practical Perspectives*, Washington D.C.
- Schäfer, Armin (2015): *Der Verlust der politischen Gleichheit. Warum sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt a.M.
- Scharpf, Fritz W. (1995): *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*, Kronberg Ts.
- Schattschneider, Elmer E. (1942): *Party Government*, New York.
- Seidel, Klaus (1998): *Direkte Demokratie in der innerparteilichen Willensbildung*, Frankfurt a.M.
- Siehr, Angelika (2013): *Repräsentation bei Gerhard Leibholz*, in: *Der Parteienstaat. Zum Staatsverständnis von Gerhard Leibholz*, hrsg. v. Anna-Bettina Kaiser, Baden-Baden, S. 45–72.
- Steffani, Winfried (1988): *Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 19. Jg., Heft 4, S. 549–560.
- Steinberg, Rudolf (2014): *Direkte Demokratie in politischen Parteien. Überlegungen anlässlich des Mitgliederversammlungsentscheids der SPD*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 8. Jg. Heft 2, S. 402–415.
- Sternberger, Dolf (1971): *Nicht alle Staatsgewalt geht vom Volke aus*, Stuttgart.
- Sternberger, Dolf (1982): *Das Wort ‚Politik‘ und der Begriff des Politischen*, in: *Demokratische Politik – Analyse und Theorie*, hrsg. v. Wolfgang Seibel, Opladen 1997, S. 97–105.
- Straßenberger, Grit (2012): *Politische Führung bei Robert Michels, Max Weber und Joseph Schumpeter*, in: *Robert Michels Soziologie des Parteiwesens*, hrsg. v. Harald Bluhm u. Skadi Krause, Wiesbaden, S. 192–213.
- Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philippe C. (1981): *The Organization of Business Interests. A Research Design to Study the Associative Action of Business in the Advanced Industrial Societies of Western Europe*, Berlin.
- Sunstein, Cass R. (2002): *The Law of Group Polarization*, in: *Journal of Political Philosophy*, 10. Jg., Heft 2, S. 175–195.

Teorell, Jan (1999): A Deliberative Defence of Intra-Party Democracy, in: *Party Politics*, 5. Jg., Heft 3, S. 363–382.

Thaa, Winfried (2007): Informalisierung und Kognitivierung politischer Repräsentation in deliberativen Demokratietheorien, in: *Inklusion durch Repräsentation*, hrsg. v. ders, Baden-Baden, S. 85–108.

Thaa, Winfried (2008): Kritik und Neubewertung politischer Repräsentation: vom Hindernis zur Möglichkeitsbedingung politischer Freiheit, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 49. Jg., Heft 4, S. 618–640.

Towfigh, Emanuel (2011): *Demokratische Repräsentation im Parteienstaat*, Bonn.

van Biezen, Ingrid/Saward, Michael (2008): Democratic Theorists and Party Scholars: Why they don't talk to each other, and why they should, in: *Perspectives and Politics*, 6. Jg., Heft 1, S. 21–35.

von Alemann, Ulrich/Strünck, Christoph (1999): Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie, in: *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*, hrsg. v. Klaus Kamps, Opladen/Wiesbaden, S. 21–38.

von Ooyen, Robert (2006): *Politik und Verfassung. Beiträge zu einer politikwissenschaftlichen Verfassungslehre*, Wiesbaden.

White, Jonathan/Ypi, Lea (2011): On Partisan Political Justification, in: *American Political Science Review*, 105. Jg., Heft 2, S. 381–396.

Wolkenstein, Fabio (2013): Drei Funktionen politischer Parteien in repräsentativen Demokratien, in: *Zeitschrift für sozialen Fortschritt*. 2. Jg., Heft 2, S. 92–97.

Wolkenstein, Fabio (2016): A Deliberative Model of Intra-Party Democracy, in: *Journal of Political Philosophy*, 24. Jg., Heft 3, S. 297–320.

Young, Iris Marion (2000): *Inclusion and Democracy*, Oxford.

Young, Iris Marion (2001): Activist Challenges to Deliberative Democracy, in: *Political Theory*, 29. Jg., Heft 5, S. 670–690.